

Entschuldung: Serfas wirft Stadt Täuschung vor

Die Angabe des Stadtvorstands im Stadtrat, die Stadt Frankenthal könne ihre Schulden durch eine Beteiligung am Kommunalen Entschuldungsfonds des Landes (KEF) drastisch senken (wir berichteten), ist nach Meinung des FDP-Fraktionschefs Günther Serfas falsch.

Es stimme nicht, dass die Stadt bei einem Stand von 104 Millionen Euro Schulden aus Liquiditätskrediten bei freiwilliger Teilnahme bis zum Jahr 2026 etwa 60 Millionen Schulden abbauen könne und dann noch knapp 40 Millionen alte Schulden hätte. Das sei nur die halbe Wahrheit und, da vereinfachend, „eine Täuschung“, so Serfas in einer Stellungnahme.

Erstens würden mit dem Entschuldungsfonds die rund 50 Millionen Euro Schulden aus der Kreditaufnahme für Investitionen nicht erwähnt, und zweitens werde damit bewusst oder unbewusst unterschlagen, dass bei absehbar gleichbleibenden Strukturen bis 2026 erwartungsgemäß mindestens 5 bis 6 Millionen Euro Schulden jedes Jahr neu dazu kämen. „Wir werden unseren Gesamtschuldenstand nicht senken, sondern lediglich den weiteren Anstieg verringern“, so Serfas. Bund und Land müssten deutlich stärker helfen. (rhp)

FDP: „60 Millionen weniger“ nur die halbe Wahrheit

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Diskussion im Stadtrat zur Vorbereitung einer Entscheidung über die Teilnahme der kreisfreien Stadt Frankenthal am Kommunalen Entschuldungsfonds des Landes (KEF) wird erklärt, die Stadt könne bei einem Stand von 104 Mio. Schulden aus Liquiditätskrediten zum Stichtag 31.12.2009, wenn sie freiwillig am KEF-RLP teilnehme bis zum Jahr 2026 etwa 60 Mio. Schulden abbauen und hätte dann noch knapp 40 Mio. Schulden von den ursprünglichen 104 Mio. Schulden aus alten Liquiditätskrediten.

Das sei nur die halbe Wahrheit, so Fraktionsvorsitzender Günther Serfas in einer Stellungnahme für seine Fraktion. „In dieser Verkürzung liegt eben genau die Täuschung, die in der Konstruktion des KEF-RLP angelegt ist, denn für den unbedarften Leser erscheint das so, als würde die Stadt fast 2/3 ihrer Schulden bis 2026 los sein!“. Das sei aber nicht der Fall, denn erstens würden im Zusammenhang mit dem Entschuldungsfonds die rd. 50 Mio. € Schulden aus der Kreditaufnahme für Investitionen nicht erwähnt und zweitens werde damit bewusst oder unbewusst unterschlagen, dass bei absehbar gleichbleibenden Strukturen bis 2026 erwartungsgemäß mindestens 5 bis 6 Mio. Schulden jedes Jahr neu dazu kämen. „Wir werden unseren Gesamtschuldenstand nicht senken, sondern lediglich den weiteren Anstieg verringern“, so Serfas.

Die Schieflage der kommunalen Kassenlage in Rheinland-Pfalz sei in der Entwicklung des Gesamtschuldenstands leicht zu sehen: Zum 31.12.2009 waren das für alle Kommunen in Rheinland-Pfalz 4,6 Mrd. €, zum 31.12.2010 waren es 5,4 Mrd. und zum Ende des laufenden Jahres wird die 6 Milliarden Grenze erreicht werden.

Der KEF ändere nichts an den Ursachen der kommunalen Liquiditätsdefizite. Aber genau dort müsse politisch bei Bund und Land angesetzt werden, wenn man eine ernsthafte Entschuldungspolitik anstrebe. Anstatt vor allem den Städten ständig neue Lasten zuzuschieben, sollte die Landesregierung ihren Anteil am KEF deutlich erhöhen und auch eine wirksame Beteiligung des Bundes erwirken.

Auch der mit dem KEF verbundene Bürokratieaufwand werde Lasten in Millionenhöhe nach sich ziehen, ergänzt Serfas. Würden alle Gemeinden dem KEF beitreten, müssten mehr als 2300 Einzelverträge von der ADD geschlossen werden und ihre Einhaltung in den vereinbarten individuellen Einzelheiten über 15 Jahre hinweg in jedem Jahr überwacht und begleitet werden.

Serfas: „Die FDP sieht die kommunale Finanzhoheit als ein hohes Gut an, das wir nicht so leicht über Bord werfen. Hier sind alle Bürger aufgefordert, entscheidend an der Zukunft Frankenthals mitzuwirken“.

Konnexi-was???

VON THOMAS BRÜCKELMEIER

Dass der Stadtrat Schulklassen einbezieht, fördert die politische Bildung. Wenn aber zu viel Populismus – diesmal von der FDP – und Politikjargon regieren, geht der Schuss nach hinten los.

Seit einiger Zeit macht sich der Stadtrat um die (kommunal-)politische Bildung der Schüler verdient. Eine Klasse wird von einem Ratsmitglied im Unterricht eingestimmt. Die Jugendlichen besuchen dann mit einem Lehrer die Sitzung, und danach wird darüber diskutiert. Dies ist eine vorbildliche Aktion, die Politikverdrossenheit entgegenwirken und Interesse am politischen Engagement junger Leute wecken kann.

Soweit der Anspruch, doch wie sieht es in der Realität aus? Die Debattenkultur hat sich nicht verändert. Dabei müsste dem Stadtrat doch klar sein, dass er die Jugend nur erreichen kann, wenn er ohne eine zu bürokratische und mit politischem Jargon durchtränkte Sprache auskommt.

Ein Beispiel: Als es am Mittwoch um den Entschuldungsfonds des Landes ging, und plötzlich das von den Grünen ins Spiel gebrachte Wort Konnexitätsprinzip zwischen Fraktionen und Stadtvorstand Ping-Pong spielte, schalteten einige Schüler sichtbar innerlich ab. Es war ihnen nicht zu verdenken. „Konnexi-was???“ dürften sie gedacht haben.

FDP-Chef Günther Serfas toppete diese Sprachverwirrung mit einer populistischen Politik, die einen ob ihrer Widersprüche ratlos zurückließ. Er wettete gegen den Entschuldungsfonds des Landes, schimpfte ihn „Verschleierung“, „Selbstentmündigung“, „Knebelung“, ja „untauglich“. Um ihn konsequenterweise abzulehnen? Von

wegen. Um am Ende doch mitzustimmen, ihn auszuverhandeln.

Ja, was denn nun?, wird sich mancher Schüler gedacht haben: Ist der Gymnasiallehrer Serfas jetzt dafür oder dagegen? Wenn er so poltert, warum stimmt er dann zu? Warum sucht er die Schuld allein bei der zuvor roten und jetzt rot-grünen Landesregierung, lässt aber die Verantwortung der ehemals rot-gelben, also SPD-FDP-Landesregierung, oder der schwarz-gelben im Bund einfach unter den Tisch fallen? Haben nicht alle ihre Verantwortung für überschuldete Kommunen?

Wie man künftige Erstwähler abschreckt, führte der sonst sachlichere Serfas deutlich vor. So war diese Sitzung insgesamt eine vertane Chance, Jugend für Politik zu gewinnen.

Was man verbessern könnte, damit sich die Mühe auch lohnt? Das Stadtratsmitglied, das die Schüler vor einer Sitzung einführt, sollte ein Glöckchen bekommen. Jedes Mal, wenn Fachchinesisch überhand nimmt, müsste geläutet und der jeweilige Begriff erläutert werden.

Polemik bliebe davon unberührt. Denn das Recht der freien Rede – ob sinnvoll oder sinnbefreit – muss unangetastet bleiben.

Bleibt eins zu tun: Konnexitätsprinzip zu erklären. Dabei handelt es sich um die Verpflichtung einer staatlichen Ebene (Bund oder Land), für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen, wenn sie Aufgaben an eine andere Ebene (zum Beispiel die Stadt) überträgt.

Bei Fachchinesisch müsste ein Glöckchen geläutet und der Begriff erläutert werden.

Stellungnahme des FDP-Fraktionsvorsitzenden zum Leitartikel vom 3.09.2011

„In der Sache ging es im Stadtrat am Mittwoch darum, die Stadtverwaltung zu beauftragen, die

Teilnahmebedingungen am Kommunalen Entschuldungsfonds mit der Kommunalaufsicht abzuklären“, reagiert Fraktionsvorsitzender Günther Serfas auf den Vorwurf im Leitartikel vom Samstag, seine grundsätzliche Kritik an der Konstruktion des Kommunalen Entschuldungsfonds sei mit der Zustimmung zu den geplanten Klärungsgesprächen über die konkreten Bedingungen für Frankenthal nicht vereinbar und habe vor allem die Schülerinnen und Schüler auf den Besucherplätzen verwirrt.

„Vor jeder vernünftigen Entscheidung muss eine ausführliche Information erfolgen. Die ergibt sich aber nur in Verhandlungen. Dem allein hat die FDP-Fraktion zugestimmt“, stellt Serfas klar.

„Die Schülerinnen und Schüler haben eine Debatte erlebt, mit der wir im Rat ein sehr wichtiges und zweifellos auch komplexes Thema aufgenommen haben“, erklärt Serfas. Der Verschuldung der Kommunen müsse mit wirksamen Instrumenten begegnet werden, und da ist eine kritische und grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem

Kommunalen Entschuldungsfonds der Landesregierung notwendig. „Politikverdrossenheit ist häufig das Ergebnis unzureichender Information: Wenn zur Vorbereitung auf die Stadtratsitzung auch eine Nachbereitung notwendig ist, stehe ich den Schülerinnen und Schülern für weitere Erklärungen in der Sache gerne zur Verfügung“.

MAINZ. Presseerklärung Volker Wissing. Der von der rot-grünen Landesregierung geplante Entschuldungsfonds wird auch von der rheinland-pfälzischen FDP kritisch gesehen. Mit dem so genannten Entschuldungsfonds soll den Kommunen geholfen werden, durch Kassenkredite angehäuften Alt-Schulden abzubauen. Dabei sollen die Lasten in Höhe von 3,9 Mrd. Euro zu je einem Drittel durch das Land, durch den Kommunalen Finanzausgleich sowie die Kommune selbst erbracht werden. Für den rheinland-pfälzischen FDP-Vorsitzenden, Dr. Volker Wissing, ist das eine offensichtliche Mogelpackung. "Die Landesregierung kündigt einen Entschuldungsfonds an und suggeriert damit, das Schuldenproblem der Kommunen lösen zu wollen, stattdessen kümmert sie sich nur um die Kassenkredite", kritisierte der FDP-Politiker. Eine umfassende Lösung des kommunalen Schuldenproblems stelle das Konzept der rot-grünen Landesregierung nicht dar. "Wo Entschuldung draufsteht, ist bestenfalls Umschuldung drin", so Wissing.

Auch die vorgesehene Finanzierung bezeichnete der FDP-Politiker als zweifelhaft. "Es ist grotesk, wenn die Landesregierung von Kommunen, die bereits überschuldet sind, auch noch einen Eigenbeitrag in Höhe eines Drittels der Summe abverlangt", so Wissing. Das zeige deutlich, dass die Landesregierung an einer ernsthaften Lösung des Problems der kommunalen Schulden nicht interessiert sei.

Auch die Mittelzusage des Landes aus dem geplanten Zuwachs des kommunalen Finanzausgleich hält Wissing für fragwürdig. Die Gelder, die bisher an die Kommunen gingen, werden einfach in den Umschuldungsfonds verschoben. So werde auch die kommunale Selbstverwaltung schrittweise ausgehöhlt. Was die Landesregierung den Kommunen in die rechte Tasche gebe, nehme sie ihnen aus der linken wieder heraus, so Wissing.

Bis heute bleibe zudem offen, woher der eigene Beitrag des Landes tatsächlich herkomme. Es stehe zu befürchten, dass die geplanten Kürzungen im Landeshaushalt ebenfalls zu Lasten der Kommunen selbst gehen. Damit würde die Umschuldung dann komplett von den Kommunen selbst bezahlt. Kein Bundesland behandle seine Kommunen so schlecht wie Rheinland-Pfalz. Wissing appellierte an die rot-grüne Landesregierung, die Kommunen besser auszustatten und eine echte Entschuldung möglich zu machen.

Während die Bundesregierung im Rahmen der Gemeindefinanzreformkommission oder auch durch die Kostenübernahme bei der Grundsicherung sich wiederholt für eine Sanierung der kommunalen Finanzen eingesetzt hat, lassen SPD und Grüne die rheinland-pfälzischen Kommunen weiter im Regen stehen. Es reicht nicht, eine Lösung für die von den Kommunen angehäuften Kassenkredite zu finden. Das Schuldenproblem der Kommunen müsse insgesamt auf den Tisch, forderte Wissing. Mit der ambitionslosen Politik von SPD und Grünen werde das kommunale Schuldenproblem nicht gelöst, sondern weiter in die Zukunft vertagt. Der Bund hat seine Hausaufgaben gemacht, jetzt muss die rheinland-pfälzische Landesregierung endlich anfangen und eine echte Lösung auf den Tisch legen.